

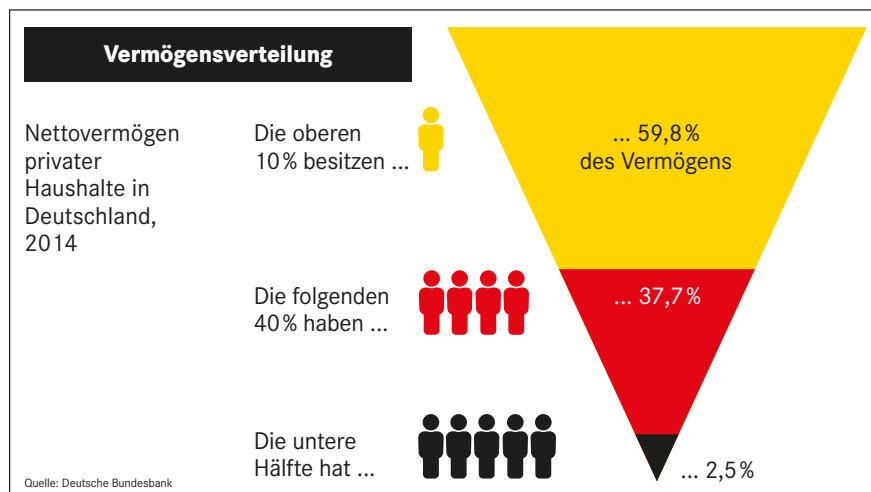
Reichtum ist teilbar

Reichtum und Armut in Deutschland nehmen zu. Während die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung mehr als 60 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums besitzen, besitzt die untere Hälfte weniger als 2,5 Prozent. Einer Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD) zeigt: Die **Ungleichverteilung der Vermögen ist in Deutschland besonders krass**. Wenn man das Nettovermögen anschaut – das sind Geldvermögen und der Immobilienbesitz, ohne Schulden und Hypotheken – dann hat das reichste Fünftel der Bevölkerung 74 Prozent des gesellschaftlichen Reichtums. Das untere Fünftel besitzt weniger als nichts: Die Summe ihrer Schulden ist höher als der Wert ihres Besitzes.

Ähnlich sieht es bei den Einkommen aus: Die **oberen 10 Prozent der Einkommensbezieher verdienen 6,6-mal mehr als die unteren 10 Prozent**. Schaut man auf die 30 größten DAX-Unternehmen, wird die Differenz noch krasser. Deren Vorstandsvorsitzende verdienen im Schnitt 57-mal so viel wie einfache Arbeiterinnen und Arbeiter. Bei VW lag das Verhältnis sogar bei 1 zu 141. Noch im Jahr 2005 lag der Durchschnitt bei 1 zu 42. **Der Trend geht also in die falsche Richtung.**

Ungleiches Leben

Diese **ungleiche Verteilung hat massive Auswirkungen auf die Lebensgestaltung** der Menschen. Die oberen zehn Prozent suchen nach den verrücktesten Anlagemöglichkeiten für ihr immenses Vermögen. Ganz oben auf der Liste stehen: Immobilienspekulation und Finanzgeschäfte mit schneller Rendite. Die unteren zehn Prozent wissen häufig nicht, wie sie die elementaren Bedürfnisse von sich und ihren Kinder befriedigen sollen. Überschuldung und Altersarmut sind die Folge, ein Kreislauf von Abhängigkeit und sozialer Ausgrenzung, aus dem häufig auch die Kinder nicht herauskommen. Bildung und damit potenzieller Aufstieg hängen in Deutschland immer noch viel zu sehr vom Einkommen und Vermögen der Eltern ab: Nur 4 Prozent der Gymnasiasten kamen 2010 aus einer Hartz 4-Familie (Armuts- und Reichtumsbericht). Und nur 23 Prozent



der Kinder aus Facharbeiterhaushalten studieren, aber 77 Prozent der Kinder von Akademikerinnen und Akademikern (Deutsches Studentenwerk, 2014).

Neoliberalismus => Ungleichheit

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich die Schere der Einkommen und Vermögen weiter geöffnet. Ursachen: der neoliberale Abbau des Sozialstaates, die Einführung der Hartz-Gesetze. Der Druck auf Gewerkschaften, Tariflöhne und Erwerblose, die Einführung von Minijobs, Leiharbeit und prekären Arbeitsverhältnissen haben die Einkommen für größere Teile der Bevölkerung real gesenkt. Der Spitzensteuersatz wurde gesenkt – von 1999 bis heute von 53 auf 42 Prozent. Die Vermögensteuer wird seit 1997 nicht mehr erhoben. Öffentliches Eigentum wurde privatisiert. Große Vermögen wurden in wenigen Händen konzentriert.

DIE LINKE will umverteilen von privat zu öffentlich, von den Profiten zu den Löhnen und von oben nach unten.

Unten stärken:

- Mindestlohn von 12 Euro
- Sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro
- Weg mit den Lohnbremsen: Leiharbeit und sachgrundlose Befristung verbieten. Tarifverträge müssen auf Antrag der Gewerkschaft als allgemeinverbindlich erklärt werden.
- Niedrige und mittlere Einkommen steuerlich entlasten: Wir setzen den Steuerfreibetrag auf 12.600 Euro.

- Kindergeld auf 328 Euro für jedes Kind hochsetzen. Dann eine Kindergrundsicherung von 573 Euro

Oben wegnehmen:

- Obergrenze für Managergehälter: Die höchste Lohngruppe in einem Unternehmen darf nicht mehr als das 20-fache der untersten verdienen.
- Vermögen oberhalb von einer Million besteuern wir mit 5 Prozent Vermögensteuer.
- Wir setzen den Spitzensteuersatz wieder auf 53 Prozent hoch (ab 70.000 Euro zu versteuerndem Einkommen). Die Reichensteuer für Einkommen oberhalb von 260.000 Euro zu versteuerndem Einkommen setzen wir auf 60 Prozent, oberhalb von 1 Million Euro auf 75 Prozent hoch.
- Die Beitragsbemessungsgrenzen in der Gesundheits- und Rentenversicherung schaffen wir ab.
- Eine Bremse gegen Spekulation und Privatisierung: Die Spekulation mit Wohnraum und mit Nahrungsmitteln werden wir verbieten. Öffentliches Eigentum verbleibt in öffentlicher Hand.

Mehr Informationen unter:

www.die-linke.de
kontakt@die-linke.de

